

Ihre Gesprächspartner:

Andreas Stangl

Dr. Reinhard Raml

Mag. Daniel Schönherr

Präsident der AK Oberösterreich

Sozialforscher (IFES)

Sozialforscher (SORA)

Der Österreichische Arbeitsklima Index

**Bessere Arbeitsbedingungen
statt ständiger Erschwernisse
beim Pensionsantritt!**

Pressekonferenz

am Mittwoch, 27. September 2023, um 11 Uhr

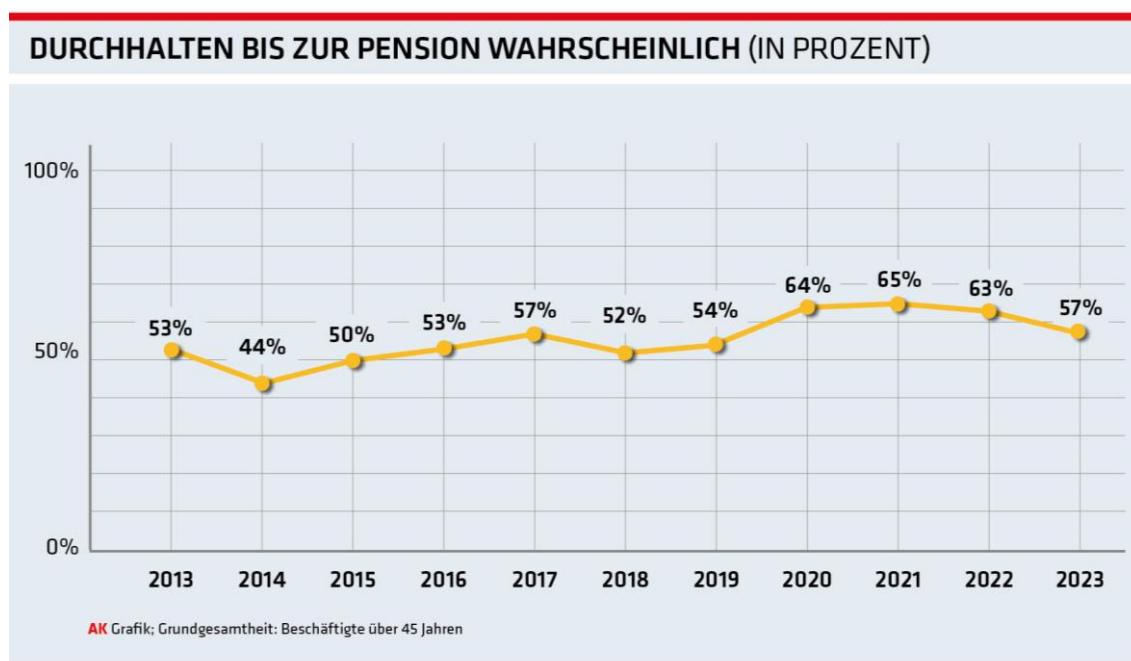
Presseclub Concordia

Derzeit sagen nur 57 Prozent der älteren Beschäftigten über 45 in Österreich, dass sie in ihrem jetzigen Beruf bis zum Pensionsantritt arbeiten können. Anstatt sich dieses Problems konstruktiv anzunehmen, denkt der Arbeitsminister laut darüber nach, dass die Menschen noch länger arbeiten sollen. Nötig sind aber ganz andere Maßnahmen: Betriebliche Gesundheitsförderung, bessere Arbeitsbedingungen, geringere Belastungen. Zudem müssen die Pensionen zumindest so hoch sein, dass die Menschen davon leben können. Denn 15 Prozent der Menschen in Pension sind armutsgefährdet. Und noch mehr bezweifeln, mit ihrer künftigen Pension auszukommen.

Die aktuelle Bundesregierung hat die Hacklerregelung abgeschafft und die Pension von Langzeitversicherten und Schwerarbeiter:innen sowie die Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspension gekürzt. Vergangene Woche hat sie die Blockvariante bei der Altersteilzeit abgeschafft. Damit will sie erreichen, dass die Menschen in Österreich länger arbeiten. Auch die Angleichung des Pensionsantrittsalters von Frauen an jenes der Männer soll das Potenzial an (weiblichen) Arbeitskräften erhöhen.

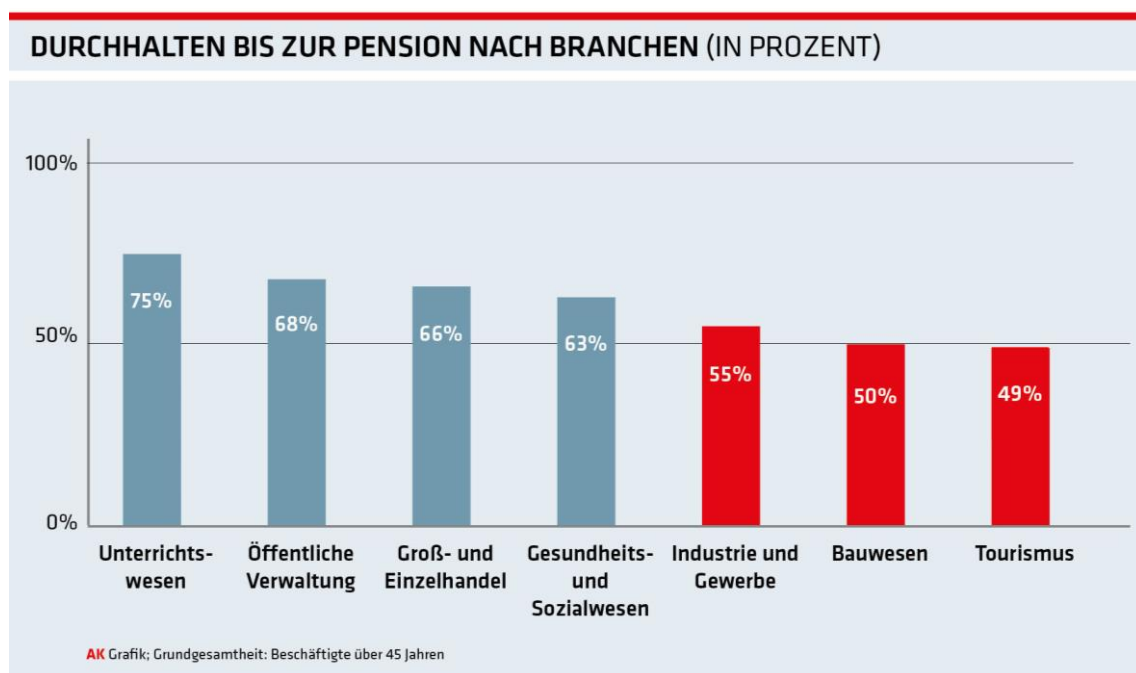
Politik agiert an der Realität vorbei

Diese Pläne und Maßnahmen gehen an den Lebensrealitäten vieler Beschäftigter vorbei. Denn die Zahl derer, die es sich kaum oder gar nicht vorstellen können, in ihrem derzeitigen Beruf bis zur Pension durchzuhalten, ist konstant hoch. Derzeit glauben nur 57 Prozent der Beschäftigten über 45 Jahren, dass sie ihren Job bis zur Regelpension schaffen.



In den vergangenen drei Jahren waren es jeweils deutlich über 60 Prozent. Der Optimismus, bis 65 durchzuhalten, ist also mit dem Ende der Corona-Pandemie wieder geschwunden.

Besonders gering ist der Anteil derer, die es sich zutrauen, bis zur Pension durchzuhalten, in Tourismus und Gastronomie, am Bau und in der Industrie. Auch Beschäftigte mit maximal Pflichtschulabschluss, Hilfs- und Facharbeiter:innen sowie Beschäftigte, die Schichtdienste leisten, zweifeln mehrheitlich, ob sie bis zum Regelpensionsalter im jetzigen Beruf durchhalten.



Arbeiter:innen halten es schon in jüngeren Jahren für unwahrscheinlicher, bis zur Pension durchzuhalten, als Angestellte und Öffentlich Bedienstete. Ab 40 glaubt nur noch ein Drittel der Hilfsarbeiter:innen, es bis zur Pension im jetzigen Beruf zu schaffen. Bei den noch Älteren sind es dann wieder etwas mehr, weil jene, die aus gesundheitlichen oder anderen Gründen nicht durchgehalten haben, aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind oder den Job zwangsläufig wechseln mussten. Übrig bleiben jene gesunden, älteren Arbeiter:innen, von denen es sich viele zutrauen, bis 65 durchzuhalten.

All diese Unterschiede zwischen Beschäftigten unterschiedlicher Milieus und Branchen werden bei den politischen Debatten über das Pensionssystem völlig ausgeblendet. Die ungleich verteilten Arbeitsbelastungen und deren Folgen werden einfach

ignoriert. An erster Stelle sind es körperliche Belastungen, die den Pensionsantritt zum Regelpensionsalter unwahrscheinlich machen. 68 Prozent der älteren Beschäftigten, die es für unwahrscheinlich halten, bis zur Pension durchzuhalten, geben körperliche Belastungen als Grund an. Für 55 Prozent ist die Arbeit generell zu anstrengend. 52 Prozent begründen ihre Einschätzung mit psychischen Belastungen wie z.B. Stress und Burnout.

Beschäftigte wissen, wie sie es bis zur Pension schaffen könnten

Anders als die Politik und viele Unternehmen wissen die Arbeitnehmer:innen sehr wohl, was sie brauchen würden, um bis zur Pension durchzuhalten. Von jenen, die sagen, sie schaffen es im derzeitigen Job nicht bis 65, wünschen sich

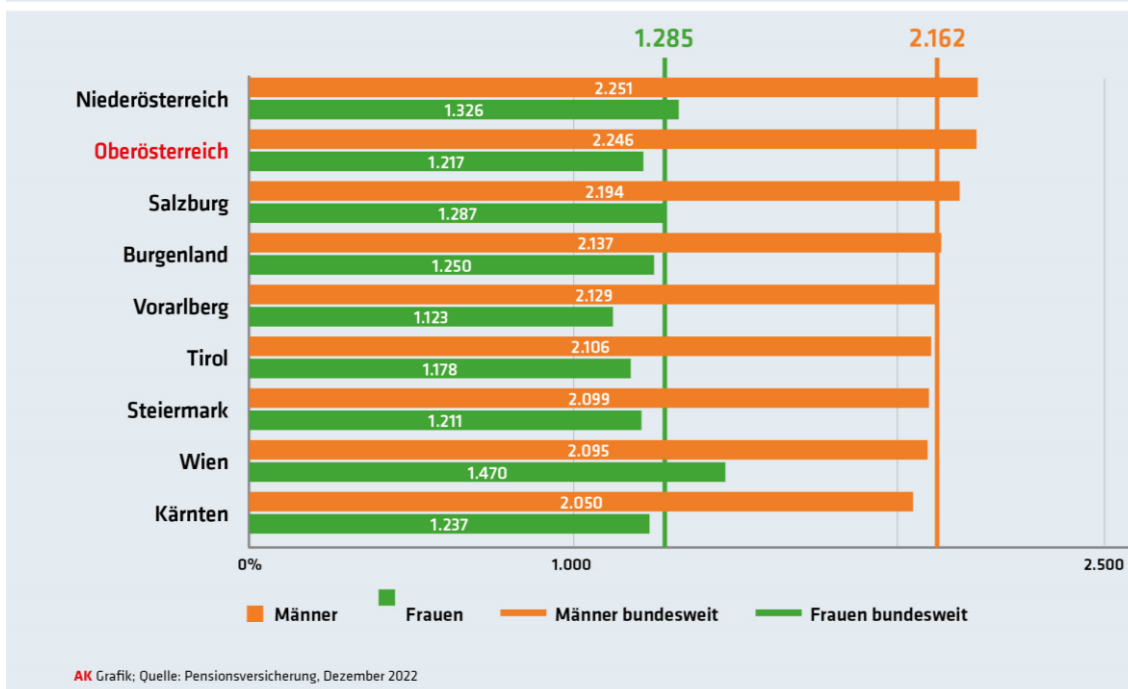
- 65 Prozent eine Verringerung der Arbeitszeit,
- 42 Prozent ein besseres Einkommen,
- 37 Prozent eine Verringerung der Stressfaktoren und psychischen Belastung,
- 33 Prozent gesundheitsfördernde Maßnahmen und weniger körperliche Belastungen
- und je 22 Prozent mehr Flexibilität bei der Arbeitszeit sowie ein anderes Tätigkeitsfeld,

um bis zum Regelpensionsalter im Berufsleben verbleiben zu können. Der Forderung, dass die Menschen länger arbeiten sollen, als es derzeit vorgesehen ist, wie sie etwa Arbeitsminister Kocher schon mehrfach aufgestellt wurde, geht diametral an den Interessen und Bedürfnissen der Arbeitnehmer:innen vorbei.

235.000 Pensionist:innen von Armut bedroht

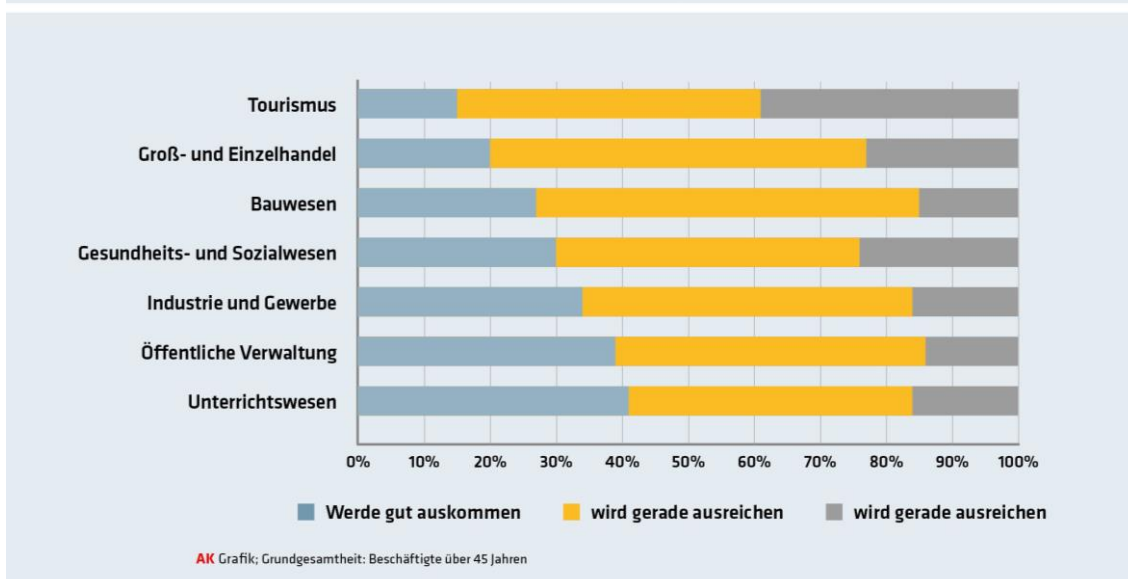
Bei jenen, die es letztlich in die Pension geschafft haben, stellt sich eine andere Frage: Können sie von ihrer Pension leben? Laut Statistik Austria antworten mindestens 15 Prozent der Menschen im Pensionsalter mit „Nein“. Denn 235.000 Menschen über 65 sind in Österreich von Armut bedroht. Zwei Drittel von ihnen sind Frauen. Während Männer in Österreich durchschnittlich 2.162 Euro Pension ausbezahlt bekommen, erhalten Frauen nur 1.285 Euro – um mehr als 40 Prozent weniger. In Wien ist der Unterschied zwischen Männer- und Frauenpension mit knapp 30 Prozent vergleichsweise gering, in Vorarlberg, Oberösterreich und Tirol überdurchschnittlich groß.

PENSIONSHÖHE NACH BUNDESLAND UND GESCHLECHT 2022 (IN EURO)



Auch vielen aktiv Beschäftigten ist bewusst, dass ihre spätere Pension kaum oder gar nicht zum Leben reichen wird. 20 Prozent aller Beschäftigten (über 45) in Österreich gehen davon aus, dass sie später nicht von ihrer Pension leben können werden. Knapp die Hälfte glaubt, gerade so über die Runden zu kommen. Das heißt im Umkehrschluss: Nur knapp ein Drittel aller Beschäftigten in Österreich, die maximal 20 Jahre vor dem Pensionsantritt stehen, glauben, dass sie mit ihrer späteren Pension auskommen werden.

AUSKOMMEN MIT DER ALTERSVORSORGE (IN PROZENT)



Frauen glauben fast doppelt so häufig wie Männer, dass ihre Pension nicht reichen wird. Auch Hilfsarbeiter:innen (33 Prozent) zweifeln daran, von ihrer Altersversorgung leben zu können. Bei den Beschäftigten im Tourismus sind es sogar 40 Prozent.

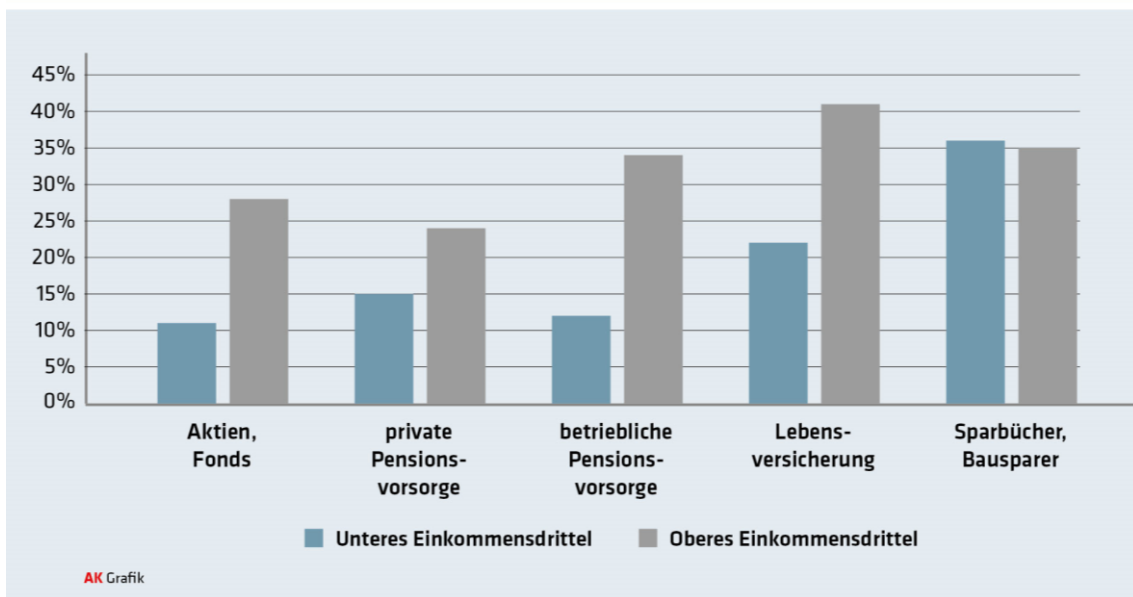
In engem Zusammenhang steht die Befürchtung, von der Pension nicht leben zu können, mit dem derzeitigen Einkommen: Drei Viertel der Beschäftigten, die schon jetzt nicht mit ihrem Lohn oder Gehalt auskommen, schätzen, dass sie mit der Altersversorgung auch nicht auskommen werden. Personen, die hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes und ihres Betriebes pessimistisch sind, glauben dreimal häufiger, von der eigenen Pension nicht leben zu können, als jene die mit Zuversicht in die Zukunft blicken.

Um die staatliche Pension aufzubessern, sorgen 80 Prozent der Beschäftigten in Österreich zusätzlich vor. Jeweils ein Drittel hat ein Sparbuch, einen Bausparer oder eine Lebensversicherung. Jeweils rund ein Fünftel der Beschäftigten sorgt mit betrieblicher Pensionsvorsorge, privater Pensionsvorsorge sowie Aktien und Fonds für den Ruhestand vor. Ein weiteres Fünftel sorgt gar nicht vor. Das sind vor allem Beschäftigte, deren Einkommen kaum oder gar nicht zum Leben reicht. Jüngere Beschäftigte bis 35 sorgen etwas seltener vor als Beschäftigte über 35 Jahren. Aber auch bei ihnen stehen Sparbuch, Bausparer, Lebensversicherung und betriebliche Pensionsvorsorge am höchsten im Kurs.

Private Vorsorge verstärkt Ungleichheit

Bestehende Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten werden durch private Vorsorge nicht kompensiert, sondern verstärkt. Während 31 Prozent der Beschäftigten im untersten Einkommensdrittel gar nicht zusätzlich vorsorgen (können), sind es im mittleren bzw. oberen Einkommensdrittel nur 15 bzw. zwölf Prozent. Umgekehrt besitzen im oberen Einkommensdrittel 34 Prozent eine betriebliche Vorsorge, 28 Prozent Aktien und 23 Prozent Immobilien. Im unteren Einkommensdrittel sind es nur zwölf, elf bzw. ebenfalls elf Prozent.

PRIVATE VORSORGE HÄNGT STARK VOM EINKOMMEN AB (IN PROZENT)



Fazit

Möglichst viele Menschen in guter Beschäftigung sind das Um und Auf für ein funktionierendes Pensionssystem. Wichtig ist daher

- die Schaffung von hochwertigen, altersgerechten und gesunden Arbeitsplätzen mit guten Arbeitsbedingungen und hohen Löhnen und Gehältern,
- der Abbau von Überstunden (weil dadurch verhindert werden kann, dass sich manche Menschen krank arbeiten, während andere gar keine Arbeit haben),
- eine generelle Arbeitszeitverkürzung bei den Vollzeitarbeitsplätzen mit einem Ausgleich bei Lohn und Personal sowie
- ein existenzsichernder Mindestlohn.

Wir brauchen außerdem mehr betriebliche Gesundheitsförderung, einen besseren Arbeitnehmer- und Gesundheitsschutz sowie einen respektvollen und wertschätzenden Umgang mit den Beschäftigten. Die Arbeitsbedingungen müssen an die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der älter werdenden Beschäftigten angepasst werden. Jene, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können, dürfen nicht auf der Strecke bleiben.

Konkrete Forderungen der Arbeiterkammer Oberösterreich

Die Arbeiterkammer wird sich auch weiterhin für ein gerechtes, stabiles und staatliches Pensionssystem einsetzen, damit die Arbeitnehmer:innen ihre Pension finanziell abgesichert genießen können.

- Erhalt und Stärkung der staatlichen Alterssicherung: Pensionen müssen existenz- und lebensstandardsichernd sein
- Rücknahme aller Verschlechterungen bei der Altersteilzeit. Die Abschaffung der Blockvariante ist frauenfeindlich und diskriminiert Schichtarbeiter:innen.
- Abschlagsfreiheit nach 45 Arbeitsjahren
- Um Frauen existenzsichernde Pensionen zu garantieren, müssen für Kindererziehungs- und Pflegekarenzzeiten höhere Gutschriften auf das Pensionskonto gebucht werden. Zudem müssen die geschlechtsspezifischen Ungleichheiten und Benachteiligungen in der Arbeitswelt beseitigt werden.
- Gewährung von Invaliditätspensionen unter Berücksichtigung der Arbeitsmarktperspektive: Wenn keine Integrationschance besteht, muss eine unbestimmte Pension zustehen
- Beitragsschulden der Arbeitgeber in der Sozialversicherung eintreiben und Lohnbetrug aktiv bekämpfen. Nachzahlungen müssen den Versicherten zugutekommen.
- Die um zwei Jahre verzögerte Aufwertung im Pensionskonto führt besonders bei den Pensionsantritten 2024 und 2025 zu empfindlichen Pensionsverlusten. Die Bundesregierung muss hier eine Schutzklausel einführen und zudem die anteilige Pensionsanpassung (Aliquotierung), die für die Jahre 2024 und 2025 ausgesetzt wurde, dauerhaft streichen.